

Der Deutsche Holzarbeiter.

Erhält jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag Mittag. — Zu bezahlen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition: Köln am Rhein, Palmstraße 14. — Fernsprecher Nr. 7605. — Inserate kosten die vierseitige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Kollegen! Kolleginnen! Erfüllt Eure Pflicht in der Agitation!

Die Tarifverhandlungen in Leipzig

hab nun mehr beendet. Das Schiedsgericht nahm seine Arbeiten am Samstag den 4. April auf und brachte dieselben am Montag den 6. April. Es wurden in allen 23 Städten zum Teil durch Vereinbarung, zum Teil durch Schiedsprung die Differenzen beigelegt. Der Friede ist also gesichert. Das heißt werden wir in der nächsten Nummer berichten. Allgemeine Anerkennung fand die vorwitzige Art und Weise, wie Herr von Berlepsch verhandelt, die Verhandlungen zu leiten. Auch an dieser Stelle sei ihm dafür der beste Dank abgestattet.

Hirsch-Dunkerisches.

Schon mehrfach konnte darauf hingewiesen werden, daß Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine auf der schiefen Ebene angelangt sind und ihre Tafahrt unanhaftsam vor sich geht. Das trifft sowohl zu auf ihre aktive Entwicklung, wie auch auf die Qualifikation zur Vertretung der Arbeitersachen.

Angemessen haben die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine momentan den Service dafür geleistet, daß ihre Bedeutung in den letzten Vollständigkeit eine völlig unbedeutende ist. Sie sind und nur minder zum Preis und Qualität nicht mehr in der Lage, die Arbeiterschaft in die Zukunft zu führen. Die jüngste Separation der jungen Bewegung hat es mit sich gebracht, daß verhindert wurde, durch das vorhandene politische Leben die neuen Lebensgeist einzuflößen. Der in der Arbeitswelt in den 70 und 80er Jahren vorhandene politische Liberalismus, der ja auch in den Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereinen, wenn keine Forderungen denn doch eine Unterstufung waren, wurde durch die Sozialdemokratie abgelöst. Der alte Liberalismus hat es nun nicht verstanden, die ihm angetretenen Arbeitersachen wieder zurückzugeben.

Aber die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine in ihren Zweigen in Elementen nicht der Hoffnung unten geworden, sondern einmal die Zeit mit einer ihrem politischen Empfinden entsprechenden beständigen Gesellschaftsrichtung kommen müsse. Mit den Abstimmungswahlen des vorigen Jahres hielt man vielleicht einen wichtigen Zeitpunkt für gekommen. Offen und verdeckt, aber dann in Hirsch-Dunkerischen Kreisen verucht, der junge Bewegung eine politisch sozialistisch-freisinnige Grundlage anzubringen soll man sie eine liberal-demokratische gesucht haben) zu geben, auf der dann die gemeinschaftliche Arbeit gebeten sollte. Der Generationswechsel in diesen Kreisen, eine Seit- und Grundlage und im Weise Demokratie sollte. Für die sog. Düsseldorfer Richtung eifrig um die Ausbreitung liberaler Grundgedanken; ja man ging noch weiter und brach offen eine Lunge für den Einflussliberalismus. Es durfte nach all diesem wohl erwartet werden, daß die soziale Wirklichkeit der Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine in Sachen des liberalen Gedankens Erfolge für die Arbeitersachen erzielen würde. Das versetzt.

Die Meutstage ih. der 5.7 des Reichsversammlungsgelegeten zu beobachten waren. Seit den Tagen der Reichsversammlung in Pragland seit so geradester Schlag gegen die Sozialdemokratie und die Freiheit für die Menschen des Arbeiters, über geführt worden. Die Rudebuschvorlage fiel, aber der Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine erhält Gefangenstrafe, durch jenes, denen die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine in letzter Zeit eine so wichtige Sicherung ergeben haben, daß sie nicht unter Aufgabe, nach dem unerreichbaren Schlag gegen die Freiheit, rechte die vergeblichen Versuche im Laufe ihres Kämpfes ausfüllen werden, daß die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine neue politischen Maßnahmen (deren ich bis jetzt auf keiner Seite bekannt) vorbereitet und fertiggestellt wurden, als es galt, den Interessen des Arbeiters zu dienen.

Die sozialdemokratischen und es hier zur Gründung der Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereinen und darüber hinaus durch andere Gruppen und die sozialen Kraften im Kundeum des 5.7. des Reichsversammlung zu verbünden, aber dies war unerreichbar. Infolgedessen, daß Schade, sollte es gelingen, die sozialdemokratischen und anderen Gruppierungen einzuholen, den Aussprung der Hirsch-Dunkerischen Bewegung nicht aufzuhalten vermögen.

Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine. Die deutsche Arbeiterschaft wird jene dafür verantwortlich machen, daß ihr durch den Sprachenparagraphen die Erringung besserer Lohns und Arbeitsbedingungen ganz gewaltig erschwert und vereinzelten Arbeiterkategorien bald ganz unmöglich gemacht wird. Das haben die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine ihrer Tätigkeit im Dienste des politischen Liberalismus (besser gesagt des Einflussliberalismus) zu verdanken. Ihre eigene Taktik führt sie die schiefen Ebene hinab.

Wie im Großen, so auch im Kleinen: In Bromberg befindet sich eine gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle. Dieses von der Regierung mit Geldmitteln unterstützte Institut wurde bisher von dem christlichen Gewerkschafter, Arbeiterselbstverständiger Paul Krug, geleitet. Derselbe vermochte es aber nicht das Vertrauen seines Vorgesetzten, des Pfarrers Leichert, welcher Vorsitzender des Kuratoriums der Auskunftsstelle ist, zu gewinnen. Krug glaubte als Mensch Anspruch auf die freie Verfügung seiner Persönlichkeit im gewerkschaftlichen und politischen Leben zu haben und hat dann auch neben bester Pflichterfüllung auf seinem Vertragsposten in diesem Sinne gewirkt. Das mißt Herrn Pfarrer Leichert. Selbst im gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Leben wenig Erfahrung besitzend, wußt' letzter sich zum Professor der Selben auf und veracht' so als Arbeitgeber auch die Grundlage seiner Scharnierer, die von der Anerkennung der Menschenrechte nichts wissen wollen. Eines guten Tages legte er dem Arbeiterselbstverständiger Krug einen Vertragsentwurf vor, der u. a. auch folgende Bestimmungen enthielt:

„§ 2. Herr Paul Krug hat den Vorständen bei genannter Vereins (das ist Herr Pfarrer Leichert, d. h.) als seinen unmittelbaren Vorgesetzten anzusehen und ihm in allen diesen Vereins betreffenden Sünden Gehorram zu leisten.“

„§ 3. Herr Paul Krug hat insbesondere einen unablässigen christlichen Gedankenaustausch zu führen und jederzeit eine deutlich-nationale Gelassenheit zu beobachten.“

„§ 4. Da die Vollrechtsauskunftsstelle auf den Schein einer Parteinahme für politische und gewerkschaftliche Richtungen, obgleich von der Bezeichnung jeder sozialdemokratischen Bewegung zu meiden hat, so in Herr Paul Krug verpflichtet, jede agitatorische Betätigung seiner politischen Gesinnung im staatlichen wie im kommunalen Leben zu Gunsten einer bestimmten Partei zu unterlassen. Ebenso hat jede Parteizugehörigkeit seinesfalls für die eine oder andere auf monarchischen Grunde stehende gewerkschaftliche Richtung zu unterbleiben. Dabei gehört, daß Paul Krug allemal dem Vorstande irgend einer politischen oder gewerkschaftlichen Vereinigung angehört und durch Verträge, geschäftliche Abschließungen u. dergl. sie zu fördern sucht. Dagegen bleibt es Herrn Paul Krug unbekommen, außeramtlich auf das verderbliche Treiben der sozialdemokratischen Bewegung hinzuwirken.“

„In dem Falle eines Verfahrens gegen die in den Paragraphen 2 bis 4 enthaltenen Verpflichtungen hat der Vorstand nach vorliegender zweimaliger schriftlicher Verwarnung das Recht, den p. Krug ohne Rücksicht auf sein Amtes zu entheben, ohne daß p. Krug irgend welche Schäfte oder Entschädigungsansprüche zu erheben hätte.“

Es braucht wohl nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß sich Kollege Krug bestens dafür bedankt war, der Anstellung seines „Vorgesetzten“, Herrn Pfarrer Leichert, ein Gefangenklump zu werben.

Durch die Tagespresse geht jetzt die Rota, daß Herr Pfarrer Leichert Krug für Krug gefunden hat, in der Person des besseren in Düsseldorf längst genannten Hirsch-Dunkerischen Arbeiterselbstverständiger Appel. Uns betrifft, daß hiermit die Hirsch-Dunkerianer jede Berechtigung verloren haben, aber die 6 Streitkämpfer im sozialdemokratischen „Vorwärts“-Siedlungszirkel zu bestimmen. Es erübrigten sich auch weitere Vereinigungen zur Unterstützung der Bonner Rechtsauskunftsstelle, was man mehr, als Appel der Verfaßter einer solchen Gesellschaftsvereinigung, die von dem Sozialen verfolgt, die noch auf dem sozialen Boden sozialdemokratischen und katholischen Arbeitern gewidmet zu haben, zum Schaden der berechtigten Männe der Gewerkschaftsarbeit. Solchen Mann aber kann Herr Pfarrer Leichert gekannt haben.

„Ob mit dem Fortzug Appels von Düsseldorf aus, das Hirsch-Dunkerische Arbeiterselbstverständiger eingeholt, nicht doch eine Art ist, daß Grundlage bei den Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereinen mit der anderen gehabt werden kann, um sozialen Grundlagen einzurichten. Beißt den Aussprung der Hirsch-Dunkerischen Bewegung nicht aufzuhalten vermögen.“

— 0 — 0 — 0 —

Nachhelfen!

II.

Schon hören wir die sozialdemokratische Pressemeute leisen: „Die „Gewerkschaftschriften“ schleppen Material zur Gründung einer neuen Zuchthausvorlage herbei.“ Selbst die „Holzarbeiter-Zeitung“ redete schon früher derartige Dinge. Sollte man's für möglich halten? Ausgerechnet ist die „Holzarbeiter-Zeitung“, dasselbe Blatt, welches immer wieder „christliche Terrorismus“ knüppel zum Scheiterhaufen, der für die christlichen Gewerkschafter bestimmt, herbeigekloppt; die „Holzarbeiter-Zeitung“, jenes Blatt, welches dem schwärmerischen Junker von Ditschen unentwegt handlangerdienste leistet, wenn dieser im Reichstag die christliche Gewerkschaftsbewegung bekämpft, dabei jede selbständige Arbeitersbewegung treffen will.

Von Ditschen und die „Holzarbeiter-Zeitung“ hand in Hand; ein nettes Bild. Doch lassen wir die Beiden. — Dem Gedächtnis der „Holzarbeiter-Zeitung“ diene noch folgendes:

51. Wegen Misshandlung und Bedrohung eines christlich-organisierten Arbeiters, erhielt der sozialdem. organisierte Zimmerer B. zu Dortmund im Oktober 1906 30 M. Geldstrafe evtl. 10 Tage Gefängnis.

52. Gyllenau, Wilhelm Voß nimmt diesen als den „großen Gewerkschaftsverdienst“ (vgl. Nr. 29, 1906, Seite 4, unter der Rubrik das Reichenhall gegen Joseph Schreiberbrunner, d. S. Sitzherr der Zuchthausstelle Württemberg des dreifachen Schul- und Lehrerarbeiterverbaudes, ausgehendem beleidigenden Äußerungen in dem Verhandlungsvortrag aus Reichenhall mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück). — Wilhelm Voß trug und übernahm die sämtlichen Kosten des Verfahrens und verpflichtet sich insbesondere, die dem Schreiberbrunner erwähnten Strafmaßnahmen zu erläutern. (Schreiberbrunner v. 1906).

Voß war bis 1906 sozialberuflicher Reichstagabgeordneter.

53. Wegen Überfall und Misshandlung des christlichen Verbandsbeamten Gilmann, wurde am 12. November 1906 der soz. organisierte Hafenarbeiter B. zu Düsseldorf zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

54. Derselbe Angeklagte hatte sich früher bereits wegen Misshandlung eines christlich-organisierten Arbeiters eine Woche Gefängnis zugesprochen.

55. Wegen Bedrohung und Drohungsmachung des christlich-organisierten Maurers Krupp, wurde im Nov. 1906 der sozialdem.-organisierte Maurer Jakob Dreißig,ader aus Mannheim zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

56. u. 57. Am 21. Dezember 1906 wurden zu Ingolstadt zwei Mitglieder des sozialdem. Holzarbeiter-Verbandes, welche den christlich-organisierten Schreiner Schauerbacher überfallen und misshandelt hatten, zu je 7 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

58. Am 2. Januar 1907 erhielt der sozialdem. organisierte Maurer Lehwald zu Danzig wegen Terrorisierung eines christlichen organisierten Kümmelers 14 Tage Gefängnis.

59. Am 9. März 1907 wurde der sozialdem.-organisierte Maurer Glas vom Landgericht München I wegen wiederholter verübler Terroristisch gegen den christlich-organisierten Maurer B. zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

60.—62. Wegen Beleidigung und Schwerbung begangen gegen den christlich-organisierten Weber, wurden drei sozialdem.-organisierte Maurer vom Schöffengericht zu Hannover am 20. April 1907 zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

63. Der sozialdemokratisch-organisierte Goldarbeiter Grellierer wurde am 13. Mai 1907 vom Schöffengericht in Münster zu 14 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Derselbe hatte den Arbeiter Söllner auf dem Rückenweg überfallen und in grobäfflicher Weise mißhandelt. Der Grund der Robben war, daß Söllner dreifach organisiert war.

64.—66. Wegen Terrorisierung des christlichen organisierten Maurers B. wurden vom Schöffengericht in München am 17. Juni 1907 die sozialdem.-organisierten Hafenarbeiter Grellierer zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

zu zwei Tagen, Bergarbeiter Eisend zu einem Tage Gefängnis verurteilt.

67. Als Vertrauensmann der sozialdem. Partei und des sozialdem. Bergarbeiter-Verbandes, hatte der Bergmann Gustav Lecce zu Durchholz b. Herbede a. d. Ruhr die Gelegenheit, durch Zwang und schwere Drohungen widerstrebende Bergleute zum Eintritt in den roten Bergarbeiterverband zu bringen. Der Angeklagte war derart gefürchtet, daß die meisten Zeugen sich weigerten, gegen ihn auszutragen. Das Gericht in Hattingen verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. (Juni 1907).

68. u. 69. Am 11. Juli 1907 stand vor dem Schöffengericht zu Velbert folgende Sache zur Behandlung an: Ein in der Berg. Eisengießerei und Metallwarenfabrik beschäftigter Schlosser hatte schon längere Zeit hindurch viel zu leiden, weil er nicht sozialdem. organisiert war. Besonders heftig ging es zur Zeit der Reichstagswahl in der Fabrik her. Am Tage der Stichwahl wurde der betreffende Arbeiter, weil er nicht sozialdem. gewählt hatte, mit schweren Eisenstücken mishandelt und abends, als er nach Hause kam, wurden die Misshandlungen mit einem Gummiwischlauch fortgesetzt. Das Gericht verurteilte die beiden Täter mit Strafzettel auf die niedrigste und gemeine Masse, wie in der Urteilsbegründung ausgeführt wurde, trotz ihrer Unbestraftheit in drei bzw. zwei Wochen Gefängnis.

70. u. 71. Die sozialorganisierten Männer Sauer und Weber aus Freinsdorf wurden von der Strafkammer zu Künzberg am 9. Juli 1907 zu fünf bzw. zwei Tagen Gefängnis und Pragung der Flossen verurteilt. Die beiden Käuflichen hatten den christlichen organisierten Männer Anfangen mit Faustschlägen ins Gesicht traktiert.

72. Am 23. Juli wurde in München der Einflussreiche Bauer vom sozialdem. Fabrik, Land und Häuslerarbeiterverband zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Durch Drohungen wollte er den christlichen organisierten Arbeiter P. in den sozialdem. Verband treiben.

73. - 81. Das Schöffengericht zu Hannover verurteilte am 31. Juli 1907 einen Gewerkschaftsmitglieder des roten Gummierwerkes, zu einer Woche Gefängnis. Die Betreffenden hatten die Entlassung von zwei christlich-organisierten Kollegen verlangt und eingedroht.

82. Wegen Terrorisierung bei christlich-organisierten Käuflichen Kaufleuten, erhielt der sozialdem. organisierte 28 jährige Lehrmann im Bremer, am 7. September 1907 vom drohenden Gericht sieben Tage Gefängnis zugesprochen.

83. u. 84. Der Schuhmacher 2. zu Altona wurde von zwei anderen sozialdem. organisierten Schuhen überfallen und mishandelt, weil er sich nicht einem Sohn angehören wolle. Im September 1907 verurteilte das Schöffengericht die beiden "Schuhmachers" zu je 4 Monaten Gefängnis.

85. Der Redakteur der sozialdem. "Welt" Peter Stoeber wurde im September 1907 zu 1 Monat Gefängnis und 25 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er den christlichen Gewerkschaftler Ulrich verleumdet und beschimpft habe.

86. bis 89. Weil ein Mitglied des christlichen Zahnärztekörpers nicht zum sozialdemokratischen Berufskontor wolle, wurde es von vier "Genossen" bestimmt, daß die Einwohnerkammer zu Frankfurt a. M. am 29. Oktober 1907 gegen den sozialdemokratischen Berufskontor heftig eine Gefangenstrafe von drei Wochen und einer darüber hinaus einer Strafe von je 10 Tagen Gefängnis für angeordneten erfuhr.

90. bis 92. Weil ein Mitglied des christlichen Zahnärztekörpers nicht zum sozialdemokratischen Berufskontor wolle, wurde es von vier "Genossen" bestimmt, daß die Einwohnerkammer zu Frankfurt a. M. am 29. Oktober 1907 gegen den sozialdemokratischen Berufskontor heftig eine Gefangenstrafe von drei Wochen und einer darüber hinaus einer Strafe von je 10 Tagen Gefängnis für angeordneten erfuhr.

93. bis 95. Weil ein Mitglied des christlichen Zahnärztekörpers nicht zum sozialdemokratischen Berufskontor wolle, wurde es von vier "Genossen" bestimmt,

dass die Einwohnerkammer zu Frankfurt a. M. am 29. Oktober 1907 gegen den sozialdemokratischen Berufskontor heftig eine Gefangenstrafe von drei Wochen und einer darüber hinaus einer Strafe von je 10 Tagen Gefängnis für angeordneten erfuhr.

96. und 97. Am 31. Januar 1908 wurden zu Düsseldorf die sozialdemokratischen Arbeitermeister Käuflein, Kötter, Schäfer und Bröckl vom Richter Müller bestellt, daß er das Gewerkschaftsmitglied werden sollte. Sie zwei Wochen Gefängnis erhalten müssen im Januar 1908 das Gericht über die "Genossen".

98. und 99. Am 31. Januar 1908 wurden zu Düsseldorf die sozialdemokratischen Arbeitermeister Käuflein, Kötter, Schäfer und Bröckl vom Richter Müller bestellt, daß er das Gewerkschaftsmitglied werden sollte. Sie zwei Wochen Gefängnis erhalten müssen im Januar 1908 das Gericht über die "Genossen".

100. Wegen Terrorisierung bei christlich-organisierten Kaufleuten der Stadt P. und dem Kaufmann Würzburg am 10. Februar der Richter Markt, Richter des Kaufmannsvereins zu Würzburg, bestätigte diesen Urteil, und schuf einen Strafzettel gegen die "Genossen".

101. Weil ein Mitglied des christlich-organisierten Kaufmannsvereins P. und dem Kaufmann Würzburg am 10. Februar der Richter Markt, Richter des Kaufmannsvereins zu Würzburg, bestätigte diesen Urteil, und schuf einen Strafzettel gegen die "Genossen".

nächst die in den Mappen enthaltenen kulturgeistlichen Dokumente in Buchform der Nachwelt gesammelt werden. Das Werk würde dann die Widmung tragen:

Fests von Dirksen

und der mit ihm verbündeten

Bergarbeiter-Zeitung"

in Bewunderung
der Verdienste um ein neues Buchhaus-Gesetz.

Zweite Landeskonferenz der christlichen Gewerkschaften Badens.

An einer imposanten Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Badens gestaltete sich die am Sonntag den 29. März in Offenburg in der "Union" abgehaltene zweite Landeskonferenz.

In derselben nahmen 103 Delegierte und 50 Gäste teil. Von letzteren seien erwähnt: Regierungsdirektor Dr. Fröhlich von der Großherzoglichen Justizkammer, Direktoratsprüfer Dr. Nagelbach, Pfarrer Haug, der Vorsitzende der engl. kirchlichen Konferenz, die Abg. Dr. Schofer und Belzer, Parteiobmann Schmitt-Heidelberg, Arbeitssekretär Heider und andere. Entschuldigt hatten sich die Herren Abg. Freiherr von La Roche von der ersten Badischen Kammer, Abg. Schmitt-Heidelberg u. a. von der zweiten Badischen Kammer. Ebenso ließ sich Herr Oberregierungsdirektor Dr. Büttmann wegen einer schweren Krankheit entschuldigen. Die Presse war gut vertreten.

Nach Begrüßung der Eröffnungen eröffnete Verbandsleiter Kreuzel-Mannheim das Referat über den Stand und die Entwicklung der christl. Organisationen in Baden. Dasselbe eröffnete ein durchaus erfreuliches Bild. Bei der vor 2½ Jahren abgehaltenen ersten Konferenz hatten die christl. Gewerkschaften in 114 Betriebstellen 1941 Mitglieder. Heute sind es 208 Betriebstellen mit 10 572 Mitgliedern.

Im einzelnen gestaltet sich das Bild über den Stand der Bewegung wie folgt:

Verband	1. Konferenz 22. Oktober 1905		2. Konferenz 29. März 1908	
	Delegierte	Mitglieder	Delegierte	Mitglieder
Zahlarbeiter	15	250	28	2044
Zugfahrer	15	250	27	2372
Metallarbeiter	23	900	39	1897
Metallarbeiter	21	1020	25	1508
Schuharbeiter	12	445	21	832
Schuharbeiter	7	400	33	752
Metzger u. Fleischer	3	70	5	127
Schuh- u. Schuharbeiter	6	92	-	68
Schuh- u. Schuharbeiter	3	92	-	124
Metzger	-	2	-	50
Metzger u. Fleischer	-	8	-	67
Schuharbeiter	1	22	6	100
Metzger	-	1	-	20
Schuharbeiter	4	150	12	369
Zahlarbeiter	2	150	2	248
	144	4911	208	10578

Der Referent hat auch Schluß das Bild der christl. Gewerkschaften zur Erfüllung des sozialdemokratischen Tagelohnes und der Gehaltszahlung zur Neuerrichtung weiterer Gewerbegerichte herausgestellt. Er betonte, daß es nicht nur allein unerlässlich, sondern unumstößlich und bei Arbeitersinteresse auch höchst wichtig gewesen sei, daß die sozialdem. Gewerkschaften versuchen, ihre Altona zu durchbrechen, von der dort alle Arbeitnehmer erfasst werden.

Der Zweck der Landeskonferenz betonte er den prinzipiellen Standpunkt der christl. Gewerkschaften, die den paritätischen Arbeitskammern darum bei Wort reden, weil sie in dieser gegenüber christlichen Arbeiterkammern ein moralisches Liebesgrundsatz reden und Schiedskammern so für den Arbeitersstand nutzbar machen.

Folgende Resolution und einflussreiche Maßnahme:

Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die ihre Verantwortung für die Erfüllung des sozialdemokratischen Tagelohnes und der Gehaltszahlung zur Neuerrichtung weiterer Gewerbegerichte herausgestellt. Sie erhält sich mit bestem durchdringendem Interesse und Rücksicht gegenüber den Gewerkschaften, die in der Debatte über die sozialdemokratischen Maßnahmen gehandelt haben, daß die christl. Gewerkschaften ebenso wie beim sozialdemokratischen Tagelohn gehandelt haben.

Das Referat des Kollegen Siegmund-Sohn über die Auflösung der christl. Gewerkschaften erneuerte bei den Delegierten noch größeres Interesse.

Der Arbeitgeberfrage wurde noch immer die Aufmerksamkeit folgende Resolutionen gewidmet:

Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage behandelt. Hierzu ist zu sagen, daß die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage aus der Sicht der christlichen Gewerkschaften erörtert. Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage behandelt. Hierzu ist zu sagen, daß die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage aus der Sicht der christlichen Gewerkschaften erörtert.

a) Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage behandelt. Hierzu ist zu sagen, daß die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage aus der Sicht der christlichen Gewerkschaften erörtert.

b) Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage behandelt. Hierzu ist zu sagen, daß die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage aus der Sicht der christlichen Gewerkschaften erörtert.

c) Die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens nimmt Bescheid aus der Berichterstattung, die die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage behandelt. Hierzu ist zu sagen, daß die zweite Konferenz der christl. Gewerkschaften Badens die sozialdemokratische Arbeitgeberfrage aus der Sicht der christlichen Gewerkschaften erörtert.

eine solche Versicherung nicht auf lokaler Grundlage durchführbar ist, ist eine bezirkswise Organisation anzustreben. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß alle in Betracht kommenden Kreise alles unternehmen werden, um den gegenwärtigen Notstand zu milbern."

Kollege Groß vom Schneidersverband hieß dann noch ein Referat über die Heimarbeit in Baden. Den Inhalt desselben alle wiederzugeben, dazu würde der Raum nicht reichen. Darum sei auch hier nur die diesbezügliche angenommene Resolution mitgeteilt. Sie lautet:

"Die am 29. März in Offenburg tagende Landeskonferenz der christl. Gewerkschaften Badens erachtet in Hinsicht auf die unerträlichen Zustände in der Haushaltungsindustrie den Bundesrat und Reichstag bei der Novelle zum Tittel VII a der Gewerbeordnung, die gegenwärtig den Reichstag beschäftigt, folgende Forderungen zu berücksichtigen:

1. Der obligatorische Registerzwang ist auf alle Hausarbeiter auszuweiten.

2. Ausdehnung der Sicherungsgesetze auf alle Heimarbeiter.

3. Die gesamte Haushaltungsindustrie ist der Gewerbe- und Wohnungsinspektion zu unterstellen. Die Zahl der Inspektionsbeamten ist zu diesem Zwecke zu vermehren, wobei auch die Arbeiter in angemessener Form berücksichtigt sind.

4. Obligatorische Erfüllung von Wohnbüchern.

5. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstatt oder Fabrikarbeiter.

6. Schaffung von Eingangs- und Tarifämtern, denen die Aufgabe zu überweisen ist, Mindestlohn tarife auszuarbeiten.

7. In allen Arbeitsräumen sind die wichtigsten Gesetzesbestimmungen, einschließlich des Kinderschutzes, in geeigneter Form öffentlich auszuhängen.

Die Konferenz fordert ferner die Ueberführung der Haushaltungsindustrie in Werkstätten und Fabrikarbeitsstätten, überall da, wo sie sich unter schwächer Gefährdung der Gesundheit, der Produzenten und Konsumenten vollzieht, wie dieses besonders in der Lebensmittel- und Getränkebranche der Fall ist."

Die christl. Gewerkschaften Badens marschieren. Das hat die Konferenz gezeigt. Noch ein großes Feld steht zu erobern offen. Wenn auch mancherorts es noch große Schwierigkeiten zu überwinden heißt, so bringt doch die in so verhältnismäßig kurzer Zeit erreichte gewaltige Kämpferzahl für weitere Fortschritte. In dieser Hoffnung und mit dem Gelöbnis in Zukunft noch mehr wie bisher Jahre, ausdauernd, mit Beharrlichkeit betriebene Pionierarbeit zu leisten, wandten sich die Delegierten wieder ihrer Heimat zu.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Eröffnungstage dieser Nummer der 15. Februarbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. April 1908 fällig ist.

Die Schlafelle M. Gladbeck erhält die Genehmigung zur Erhebung eines möglichen Sozialbeitrages in Höhe von 10 Pf. (Februarbeitrag 60 Pf.)

Die Genehmigung einen Sozialbeitrag in Höhe von 5 Pf. pro Woche zu erheben (Februarbeitrag 55 Pf.) erhält die Schlafelle Bad Württemberg.

Berufen gegangen ist das Mitgliedsbuch 21098, auf den Namen Felix Schäfer ausgestellt. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralausschuß jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusehen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Zugang ist verweigert

vom

Holzarbeiter aller Branchen nach Lippespringe (Ruhle & Schuhmühle), Dinslage (Ob.) Steinfurt.

Verleumder nach Nürnberg (Widts)

Zeitungsersteller Heimbold, Bremen (Kühnemann und Alwin Peters).

Zeitungsersteller Frankfurt a. M.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die sich dadurch ergebende Unsicherheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse macht es allen Kollegen, welche die Arbeitsstelle wechseln, gut möglich, bei der in Betracht kommenden Lohnverwaltung des Verbands Nachfrage zu halten.

Tariferneuerung in München.

Es sind noch keine 2 Jahre her, daß im Münchner Schuhgewerbe ein Tarifvertrag bestellt. Im Mai 1906 wurde ein solcher innerhalb weniger Tage abgeschlossen und seitdem den Kollegen damals im wesentlichen ein Lohnsteigerung von 3 bis 5 % mit einer Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche. Angestellt erfolgte am 1. April 1907 eine weitere Lohnsteigerung von 2 % pro Stunde. Das Bildliche an dem Beitrag war die Zulassung der zu zahlenden Ruhelage von 40 Pf. für Gehilfen bis zu 2-jähriger Gehilfenzzeit und 52 Pf. pro Stunde noch diesem Zeitraum. Der Beitrag wurde durchweg beibehalten und um die jüngsten Veränderungen besiebt; gaben nur selten zu Sehnsucht Anlaß. Viele Umstände, sowie die Kurze der Tarifzeit haben unten, wie auch den sozialdemokratischen Verhältnissen dort bestimmt, von einer Fortsetzung des bestehenden Tarifes Ab

Eine Frage: Wieviel neue Mitglieder hast Du, wertes Kollege, werte Kollegin, Deiner Organisation, dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter Deutschlands im Jahre 1908 schon zugeführt?

und glaubten nebenbei bei dem allgemeinen Kampf gegen die Arbeitgeberorganisationen für sich Vorteile zu erzielen, oder mit anderen Worten gesagt, die Vorteile des Vertrages für die Gehilfen herabzumindern. Letzterer Bestreben der Arbeitgeber entsprach auch der vor ihnen ausgearbeitete Tarif, der gegenüber dem bestehenden eine bedeutende Verschlechterung aufwies. Wie es den Bemühungen der Holzarbeiter-Verbänden empfing, sollte auch in München an Stelle des Mindestlohnes von 52 Pf. ein Durchschnittslohn von 54 Pf. festgelegt werden; die Garantierung des Taglohnes bei Akkordarbeit sollte ebenfalls abgeschafft werden, neben der Einführung noch mehrerer nichts weniger als vorteilhafter Bestimmungen, gegen die seitens der Gehilfen entschieden Stellung genommen werden musste. Lange Zeit lag dieser Wuster-Tarif bei den Organisationen ohne daß darauf erwidert wurde. Schließlich nahm die Zeit zur Entscheidung, demzufolge beiderseits Verhandlungen angebahnt wurden. Auf Verlangen des Arbeitgeberverbandes wurden auch die Wünsche der Gehilfen in eine Forderung zusammengefaßt und den Arbeitgebern unterbreitet. Die Forderung enthielt vor allem eine Lohnherhöhung von 5 Pf. auf 8 Jahre bis 1911 verteilt, neben unwesentlichen Ränderungen einiger Punkte im alten Vertrag. Bei der nun am 23. März stattgefundenen erstmaligen Verhandlung wurde lange und heftig darüber debattiert, ob Mindest- oder Durchschnittslohn eingeführt werden sollten. Schließlich machte der Verhandlungsführer Dr. Premer einen Einigungsvorschlag, der darauf hinausließt, den noch bestehenden Vertrag in seinem vollen Umfange beizubehalten und nur bezüglich der Lohnherhöhung zu verhandeln. Er wies darauf hin, daß sich der bestehende Vertrag wohl für beide Teile gut bewährt habe, weil wesentliche Differenzen aus denselben während der Tarifdauer nicht entstanden sind. Es würde sich auch nicht empfehlen, nunmehr nach 2 Jahren ein neues Lohnsystem einzuführen und bezüglich der Garantierung des Taglohnes bei Akkordarbeit neue Differenzen herauszuschwören. Diese Ausführungen wurden von den Arbeitervorstern noch mit einem Hinweis auf die in den letzten 2 Jahren gesteigerten Arbeitsaufträge von auswärts ergänzt. Aus alle dem geht hervor, daß das Tarifverhältnis den Arbeitgebern keinen Nachteil, sondern eher einen Vorteil brachte. Die Arbeitgeber erhielten ein gebundenes Mandat zu haben, weshalb sie nicht an der Lage seien hierzu eine Erklärung abzugeben. Danach wurde man sich dahin einig, diese Vorschläge beiderseits den Vollversammlungen zunächst vorzulegen. Nachdem dieses geschehen, gaben die Arbeitgeber bei der zweiten Verhandlung die Erklärung ab, daß sie beschlossen hätten, den bestehenden Vertrag ohne jegliche Änderung beizubehalten zu lassen. Hinzu kam, daß die Lohnherhöhung seien sie bereit, 2 Pf. ab 1. April 1909 einzugehen; die Tarifdauer solle 2 Jahre betragen. Mit diesem Befehlshabtsatz gehen wir jedoch die Befürchtet der Kollegen nicht zufrieden, sondern bestanden daran, daß in diesem Jahre der Lohn um 2,7, im nächsten Jahre um 1 Pf. erhöht würde. Die Tarifdauer solle dann 3 Jahre betragen.

Nach längeren Auseinandersetzungen, bei denen wiederum die Einigung zu scheitern drohte, machte Dr. Premer seinen Vermittlungsvorschlag, wonach mit Rücksicht darauf, daß die Gehilfen ursprünglich durch die Kündigung des Tariffs eine Lohnherhöhung im allgemeinen für dieses Jahr verhinderten, die Lohnherhöhung in diesem Jahre 1 Pf. im Jahre 2 Pf. betragen solle. Auf diesen Vorschlag reagierten die Arbeitgeber zunächst nicht eingehen, doch erklärten sie nach langem Zureden des Vorsitzenden dazu bereit, den Vorschlag in ihrer Versammlung einzutreten; dasselbe wurde auch von den Gehilfen erklärt. In der Generalversammlung wurde der Vorschlag gegen wenige Stimmen abgelehnt; das gleiche haben auch die Arbeitgeber gefunden. Nun ist der Friede auf 2 Jahre gesichert. Am letzten Tage, 5. März, wurde der Tarif auch endgültig gegenseitig unterschrieben. Augenscheinlich sieht der Erfolg nicht gerade glänzend aus, wer jedoch die Lage der Verhältnisse in München näher kennt und den Umstand berücksichtigt, daß hier fast der höchste Mindestlohn besteht und die Lohnverhältnisse in den letzten 2 Jahren bedeutend gehoben wurden, der wird die Gewerkschaft auch würdigen. Schließlich beruht auch darin der Erfolg, wenn es gelingt, ohne Kampf jede geplante Verschlechterung abzuwehren. Der Kündigung des Vertrags müssen die Arbeitgeber eine Lohnherhöhung folgen lassen. Besteckte Umstände haben dazu geführt, daß unter den Kollegen allgemein eine Befriedigung über das Errungene besteht. In übrigen ist noch zu bemerken, daß im Gegensatz zu 1906 die legale Bewegung gemeinsam mit dem soz. Holzarbeiterverband geführt wurde, was jedenfalls nicht zum Nachteil der gekündigten Gehilfschaft war. Das Kettengesetz mancher Arbeitgeber und sollte eingehalten ist die Aufgabe sämtlicher Kollegen.

Zur gleichen Zeit mit dem Schreintarif ist auch der Tarif der Werkstattleger und Puget abgelaufen. Es wurde dieser ebenfalls von den Arbeitgebern gekündigt. Die Arbeitgeber haben sich der Arbeit unterzogen, einen Entwurf auszuarbeiten, der allerdings keine sozialen Verbesserungen enthielt als der Entwurf bei den Schreinern. Angestrebt wurde lediglich einzelner Arbeitgeber die Kündigung bei Bestimmung im alten Vertrag. Worauf bei den Arbeitnehmern jedoch ein Rückzug zum uralten Mindestlohn kam. Bei den Verhandlungen wurde diese Forderung der Arbeitgeber davon begründet, daß sie nach endgültigem Abzug des Kündigung nicht konkurrenzfähig seien. Überhaupt ist die Verbesserung bei auswärtsigen Arbeitern freier Gewerkschaften weitergegangen. Dieses Anstreben, ebenso wie andere Bestimmungen, wurden von den Arbeitnehmern nicht ganz zugestanden. Den Vorschlag des Ge-

räts Dr. Premer zufolge wurde schließlich auch hier eine Einigung dahin erzielt, daß der bisherige Tarif in seinem vollen Umfange bestehen bleibt bis auf solche Bestimmungen, deren Änderung im beiderseitigen Interesse liege. Hierbei wurde auch eine Einigung erzielt, die den Kollegen einige Vorteile brachte. Der neue Vertrag hat ebenfalls Gültigkeit auf 2 Jahre. Nunmehr verhandeln schon seit 4 Tagen die Bauhandwerker. Zweifellos kommt es auch hier zur Einigung, wodurch der Friede wieder auf weitere 2 Jahre im Münchener Baugewerbe gesichert erscheint.

Die Einhaltung des Vertrages in Biersen steht bei der Firma Ludwig Kuhlmann auf Widerstand. Die Firma konnte sich nicht dazu entschließen, den im Vertrag vorgesehenen Lohnaufschlag von einem Pf. pro Stunde am 1. April zu zahlen. Infolge dieses Vertragsbruches reichten die beschäftigten Kollegen die Kündigung ein. — Auch bei der Firma Alois Peters schweden Differenzen. Über beide Firmen ist die Sperre verhängt.

Sterbefasel.

Johann Samol, Schreiner, gestorben zu Essen.
Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Unseren wandernden Kollegen schreibt ein Kollege aus dem Osten Deutschlands folgendes ins Stammbuch: „Wohl auf die Lust weht frisch und rein, wer lange sitzt muß rosten!“ So schallt es bald wieder auf der Landstraße in Nord und Süd und West, jedoch nicht im Ost. Wie mancher unserer jungen Kollegen schürt nicht sein Ränzlein, um sich die weite Welt anzusehen, aber auch um sich weiter auszubilden in seinem Handwerk. Wie viel können aber auch diese Kollegen nicht für die Ausbreitung unserer Ideen beitragen. immer wieder müssen wir es wiederholen, daß es nicht genug damit ist, am neuen Ort sich anzumelden, sondern auch ein tätiges Mitglied am neuen Ort zu werden. Die reisenden Kollegen sollen immer bedenken, daß sie doch viel dazu beitragen können, an jenen Orten, wo es nicht recht vorwärts will, unsere Bewegung nicht verschumpft, sondern daß sie mit jugendlichem Eifer an die Arbeit gehen und den Gewerkschaftskarten vorauswärts schieben. Nur sind in West und Süd genug, die, wenn sie wollen, unsere Bewegung vorwärts bringen können. Anders jedoch im Osten. Hier fehlt es an jungen Kollegen, die jederzeit bereit sind, sich in den Dienst unserer Sache zu stellen. Einige wenige sind es, die tatsächlich mitarbeiten und darum geht es auch so langsam vorwärts. Da wäre es nun eine dankenswerte Aufgabe unserer reisenden Kollegen, die Angst vor dem Lande östlich der Elbe von sich abzuschütteln und auch in das Gebiet der Provinzen Posen, Bremenn, Ost- und Westpreußen zu kommen. Muß es denn immer der Süden sein, der von unsfern westdeutschen und der Westen und Nordwesten, der von unseren süddeutschen Kollegen beglückt wird? Auch der Osten und Nordosten bietet dies Schönen genug. Die alte Residenz und Hauptstadt Königsberg, die Seestadt Danzig, das alte Posen und Gnesen, und wie die alten interessanten Orte alle heißen mögen, bieten den Wandergeissen viel neues. Die Ostseefläche mit ihrem Seeverkehr bieten besonders dem Dienstländler viel Neig. Darum rufen wir unsern Kollegen aus West und Süd zu, nach dem Osten zu kommen. Helft uns kämpfen um die Ausbreitung unseres Verbandes. Das Gebiet ist groß und es bietet Gewerkschaftsarbeit in Hülle und Fülle.

1. Ostdeutsche Konferenz der christlichen Gewerkschaften. Am Sonntag den 15. März fand in Bromberg die 1. ostdeutsche Gewerkschaftskonferenz statt. Aus den Provinzen Posen, West- und Ostpreußen war eine stattliche Anzahl von Delegierten erschienen. Die Verhandlungen der Konferenz waren vertraulicher Natur. Aus ihnen ging hervor, daß der Nordosten ein steigendes Gebiet für die gewerkschaftliche Arbeit bildet, daß aber überall ein solch frischer und zielbewußter Werthegeist bei den christlichen Gewerkschaften herrscht, daß man sich für die Zukunft der christlichen Gewerkschaften im Nordosten Deutschlands guten Erwartungen hingeben kann. Bei einem planmäßigen Zusammenschließen der christlichen Fachverbände werden sich auch in diesem Gebiet die Mitgliedszahlen der christlichen Gewerkschaften erhöhen. Zur Abschluß an die Konferenz fand im Schützenhauscafe eine öffentliche Vollversammlung statt. Fr. Behn, die Vorsitzende des Gewerbevereins der Heimarbeiterrinnen Deutschlands, sprach über das Thema: „Welcher gewerkschaftlichen Richtung schließen sich die Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine an?“ Niederrin rückt darum hin, wie sie in allen anderen Interessenvereinigungen gebildet hätten, deren Berechtigung von der Arbeiterschaft ohne weiteres anerkannt werde, und hält sonst durch diese Tatsache den Beweis für erbracht, daß einer Fachvereinigung der Arbeiterschaft nicht minder eine innere Berechtigung zu gestehen werden müsse. Die freien Gewerkschaften hätten wirtschaftliche und Parteipolitische verquert. Es sei nun aber noch eine große Zahl von Arbeitern vorhanden, die weder den Christ-Demokratischen noch den Sozialistischen mit ihrem Weltanschauung gehörigkeit leisten wollen, und auch der Wille vieler Leute ist in den 90er Jahren die quälernde Gewerkschaftsbewegung ins Leben getreten worden, die sich auf's christliche Beurteilung in Wahrheit neutral zu stellen. Niederrin mündete sich in energischer Weise gegen die behauptete im Osten oft gehörte Meinung, die christlichen Gewerkschaften seien Christus-Organisationen und erkläre dann in einfacher Weise die Grundidee ihres Glaubens.

Der Vortrag des Ge-

anderen Fachvereinigungen der Arbeiterschaft — in der Hauptsache auf eine Umbildung der sozialen Werte auf dem Grunde der bestehenden Gesellschaftsordnung hinzufließen. Der zweite Redner, Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts, führt u. a. aus: Deutschland marschiert in seiner Fürsorge für die Arbeiter an der Spitze. Besonders das Versicherungsrecht sei so ausgebildet, wie in keinem andern Lande. Gegen die Arbeiterbewegung aber haben die bürgerlichen Parteien große Vorurteile gehabt. Auch Bismarck und die Regierung hätten sich hart über die begehrlichen Arbeiter ausgesprochen. Und das die Sozialdemokraten so viele Anhänger im Laufe der Jahre erhalten hätten, beruhe nicht auf dem revolutionären Geist des einzelnen Arbeiters, sondern hätte seine Gründe in dem Gefühl des Verlassenseins der Arbeiter. In den Jahren 1894 bis 1897 vollzog sich die Umwandlung in den konfessionellen Vereinen. Die christlichen Gewerkschaften wurden gegründet. Redner ging auf die christlichen Arbeiterkongresse ein, wies darauf hin, wie die Regierung ihr Interesse an dem Erstärken der christlichen Arbeiterbewegung — als Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie — oft betont habe, wandte sich gegen das unsoziale Scharfmachertum, das nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie schleiere und streife zum Schluss kritisch die neuern sozialpolitischen Reichstagsvorlagen.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Kollegen Neuemann und Arbeiterskreis Krug beteiligten — letzterer wandte sich gegen die „Neutralitätsduselei“ der evangelischen Arbeitervereine in der Gewerkschaftsfrage — wurde folgende, von Herrn Krug vorgeschlagene Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung fordert die Mitglieder der Bromberger katholischen und evangelischen Arbeitervereine auf, sich Mann für Mann den christlichen Gewerkschaften Brombergs anzuschließen. Sie fordern von den evangelischen und katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, sich Mann für Mann den konfessionellen Arbeitervereinen anzuschließen.“

„Gelbe“ Überschämtheiten. Auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Hannover behandelt vor kurzem der bekannte Herr Schmidehaus-Essen die Gewerkschaftsfrage und zog vor allem die christlichen und die „gelben“ Organisationen in den Kreis seiner Betrachtungen. Daß hierbei die ersten äußerst schlecht wegkamen, hingegen die „Gelben“ in dem Reihenreihen einen warmen Platz fanden, wundert den gar nicht, der Herr Schmidehaus kennt. Die tendenzielle Stellungnahme in dieser Frage rief selbst den schärfsten Haß in Arbeitgeberkreisen hervor. In einem Teile der Arbeitgeberkongresse erschien bald ein Artikel, der den christlichen Gewerkschaften im allgemeinen eine gerechte Behandlung zuteil werden läßt und auch die „Gelben“ zu dessen Kennzeichnung. Raub dem die französischen „gelben“ Führer in ihrer wahren Gefinnung vorgeführt sind, bestreitet der Artikelstifter ganz entschieden die Reinwendigkeit „gelber“ Gewerkschaften in Deutschland. Während er auf der einen Seite denselben die Fähigkeit schreibt, als wirklich präzessiges Kontrahenten bei der Durchführung von Tarifverträgen zu fungieren, ist er andererseits objektiv genug, um anzuerkennen, daß eine vom Gelde der Arbeitgeber ausgehaltene Bewegung nicht ernstlich als eine wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter überhaupt kommen kann. Auch wirkt der Schreiber die Fügsame auf, ob nicht zur Schwächung neigende Arbeitgeber sich die „Gelben“ in ihrem Sinne dienbar machen würden, um ehrlich konkurrierende Kollegen unterdrücken zu können. Für weiteren wird ganz zutreffend der Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgehoben und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die christlichen Gewerkschaften berufen seien, eine Gefundung unseres Volkstypes herbeizuführen. Daraus müsse ein Schatz der dieser Bewegung jeden weiterdienenden und wirklichen Vaterlandstreund von Herzen freuen.

Diese durchaus sachlichen Ausführungen haben den „gelben“ Ritter von Seldeg, das geistige Haupt der „Gelben“ Arbeiterpartei, auf den Plan gerufen. Seitdem dieser Ritter aus der Fremde in Zürich nicht ganz auf seine Rechnung gekommen zu sein scheint, hat er mit seinen Ideen auch unter Vaterland beglückt und sein Domizil in Stuttgart genommen. Gegenüber seinen ähnlich gesinnten Freunden zeichnet sich dieser Herr vor allem dadurch aus, daß er denselben mindestens um 100 Prozent in bezug auf Unverantwortlichkeit voraussetzt und mit Zündmaus seine „gelbe“ Flagge überall aufzupflanzen versucht. Muß der geistige Werkstatt dieses Herrn nun ganz der Kostüm eines Blattes, das obigen Artikel aufzunehmen „gestagt“ hatte, folgender Erguß sei:

Gelbe Arbeiterpartei (Seldeg Stuttgart).

Stuttgart, den 19. März 1908.

An die Redaktion der „Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ (Gießen).

In Nr. 11 Blatt 2 der „Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ haben Sie einen Artikel aufgenommen, wie man sie nur in der Revolverpresse niedrigster Sorte finden gewöhnt ist. Darin gibt einer ihrer „Korrespondenten“ unter dem Namen Schmidehaus, seiner sog. „christlichen“ Fachzeitschrift, eine Aussage, die höchstens auf der einen Seite der Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe gemacht werden darf. Ich kann Ihnen nicht erklären, wie eine Arbeitgeberzeitung derartiges aufnehmen kann. Sie nennen Ihre Korrespondenten hiermit öffentlich einen Halunken und werden dies in der nächsten Nummer unserer Zeitung zum Gehörigen Brüderlich bringen, weil nur ein Halunken ohne jeden Beweis derartiges niedrigste Fachzeitschrift gegen Gewerkschaften vertrügt. Ich kann Ihnen nicht erklären, wie ein Halunken solches Schreiben kennt. Obgleich die roten Berufe und das gelbe Blatt aus Bremen B. Stern in Brest gerichtet bestreikt wurden, zeigt Ihre Korrespondenten es, wie diese Gewerkschaften noch zu verstehen. Natürlich nur, weil er in seiner Freiheit dazu steht. Dies wird ich den Kollegen hier nicht vorenthalten. Das kann bestreikt werden, wie Sie bestreikt haben.

geselllich-nationalen Geiststifter, der mit bewussten Augen mir kommt sich wirst.

Indem Sie diese, von Ihnen korrespondenten der sozialdemokratischen Presse entnommenen Rieberträchtigkeiten, und als solche für jeden Denkenden sofort erkennbaren Verleumdungen aufzunehmen, hat Ihr Blatt sich auf die unterste Stufe der Presse gestellt, wenn nicht unverzeihliche Fahrlässigkeit vorliegt. Wir werden dafür sorgen, daß die Geschäftigkeit Ihres Blattes in den Arbeitertreinen bekannt wird, die sich weder von der Sozialdemokratie, noch vom Zentrum fanatisieren lassen. Wir verstehen, daß für kurzfristige Dorfpolitiker vorteilhaft erscheinen mag, einer aus momentanen tollischen Gründen unprincipiellheit heuchelnden Arbeiterorganisation, wie es die Christlich-nationalen sind, Vorschub zu leisten. Nur gänzlich unerfahrene Leute sind heute noch darüber im Zweifel, daß die sogenannten "christlich-nationalen Arbeiterverbände" mit völlig sozialdemokratischen Ansichten verseucht sind, eben weil Ihre Führer Ihnen nichts Bereinigtes bieten und sie kein soziales Programm haben. Wie konnte Ihr Blatt dem Korrespondenten erlauben, einen so pyramidal dargestellten Satz zu schreiben, wie: "Die Gelben stammten aus Frankreich." Dieser Satz müßte genügt haben, um einen denkenden Redakteur Ihres Blattes auf die Rieberträchtigkeit des Schriftstellers aufmerksam zu machen. Welcher deutsche Fabrikarbeiter kennt denn aus Frankreich? Über haben Sie etwa die Prätention, alle vom Ausland kommenden Fabrik-Erfindungen &c. für nicht nach Deutschland gehörig zu erklären. Schön's Vermutungsspruch für Sie und Ihren Schriftsteller. Ja, die ehemaligen französischen Gelben haben den Franzosen die hohe See entnommen, das beweise Subsistenz, deutsche Arbeitgeber und Arbeiter zusammengebracht soll, nicht amerikanischen und jausigen Banquiers; und das kann durch Einwirkung der gelben Reaktionäre am Kapital der Geschichte der Mafang gemacht werden nur. Die Gelben, welche in Frankreich wie in Deutschland schon lange nicht mehr mit den Arbeiterschichten von 1900 zu tun haben, wollen das Kapital und den reichen "Bauernbesitz" &c. &c. im Stile mit allen Mitteln verlieren, um so dem Kapitaleigentum selber zu einer Verschlingung zu verhelfen, die es bei fortlaufender Konzentration möglich macht verloren. Das ist das einzige Frankreich Supportiert, ebenso wie die Fabrik der Demokratie in Frankreich einfach von Frankreich importiert wurde, wie Ihnen leicht bekannt. Offiziell fragen wir noch an, ob Ihnen die bei allen "Schiffsläufen" jetzt wichtschende Schiffsbeförderung der Arbeiterschichten, mit welcher auch Ihr Schriftsteller schreibt, nun eingestellt ist, wodurch eine Schärfung die Schiffs läufen hätten mit den Stolen nicht gewirkt, Augen geflickt wird? Sie werden hier vielleicht James Imperialisten vernehmen. Über die Imperialisten verfüren keine Augen-Verleumdungen, höchstens kann ja aufdringlicher beweiser werden.

**Wir möchten mit großzügiger Spende!
Gute Schule-Rettung
Hilfe und Orientierung**

www.gis-haus.de

Für beiden Böcken am Gründfest der Sprache kann noch
zu überzeugendem Belegwerk zum Schluß gebracht, was manche
Sprachtheorie schmäler nimmt als die historisch-kritische. Sprachwissenschaft
ist nicht leicht hin zu legen. Aber dem Druck des
historischen Flusses kommt doch eine gewisse Wirkung hinzu, die ein
Wiederholen der alten Theorie verhindert. Es ist kein Zufall, daß
Wolfgang Joseph, einer der bestens informierten und besten
Gelehrtentheoretiker gelungen, innerhalb der Sprachwissenschaft ge-
schickte Wege zu gewinnen zur Erklärung eines Sprach-
problems. Der „gute“ Böckel, wie man ihn früher nicht
heissen konnte! Es liegt nicht darin, daß „guter“ Gedanke pa-
riert steht, sondern nur die typisch nationale Sprach-
bewegung gegen die ständigen Theorien gerichtet. Das
kann sehr leicht werden: bei jeder Gelegenheit haben
die Rechtsanwälte der „Böcken“ die Lustig zu betonen, ob
nicht ja die Beweisung ausreichend gegen die Sprach-
theorie und als solche kann gar nicht, der sprachlichen
Festigung historische Würde zu tun. Demgegenüber kann
diese Dokumentation als ein Sprachtheorie beginnen,
die wahre Beweisung ausreichend durch Sprachliche Befreiung
nimmt, wie die Sprachtheoretiker. Das füllt recht fein. Ein
feste füllt einer Beweisung eigene Beweisung gleich, wenn
es möglich wäre.

Stadtwerke Schmidburg. Unsere Kollegen werden uns bei der Einführung eines Betriebes "Schmidburg" am 1. Oktober, Dienstag, GutsMuthsstraße 22, in der früher bestreiteten Räumlichkeiten gegenüber dem Schmidbaurathaus und 30 Minuten später, Sonnabend, geöffnet haben. Es wird eine interessante, modern konzipierte Ausstellung über die Stadt Leipzig. Sie ist 24 bis 28 Minuten zu Fuß vom Rathaus aus Erholung und Sport", Information für den Reisenden, Gewerbe, Dienstleistung, Bildung, Sport, Freizeit, Kultur, Wirtschaft, Politik und Soziale Dienste.

St. Paul's Anglican Church, Guelph, Ontario and
Upper and Lower Canada, 1812-1865, Guelph, Ontario

Um diese Fragen zu klären hat Axel Körber
einen (teil) Berliner Film über die
Leben und Taten der Menschen aus dem
Ostblock geschossen. Der Film zeigt
diese Menschen nicht als Opfer oder Opferer,
sondern versucht, sie den Menschen zu machen.
Durch ihre Arbeit und ihren Gedanken zu fordern.

Soziale Rundschau.

Ausländische Arbeiter sind im Jahre 1906 allein im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 232 000 beschäftigt gewesen. Auf die Rheinprovinz entfielen hiervon 159 000 und auf Westfalen 73 000. Da die Gesamtzahl aller im Jahre 1906 in Preußen beschäftigt gewesenen ausländischen Arbeiter rund 600 000 betrug, entfielen somit auf die beiden genannten Provinzen allein beinahe 40 Prozent der ausländischen Arbeiter. Im Ruhr-Industriegebiet gibt es Gemeinden, wo mehr Ausländer wie Einheimische beschäftigt und ansässig sind. Diese ausländischen Arbeitermannschaften bilden bekanntlich das schwerste Hindernis für die Erbung des Arbeiterstandes, weil sie so unerbittlich schwer für den Organisationsgedanken zu gewinnen sind. In den Hütten- und Walzwerken haben wir diesen Nebenstand leider auch zu beklagen. Und wozu die Unternehmer die Ausländer heranziehen und bemühen, hat ja kürzlich der Direktor Fuchs von den M. & W. Kaltwerken-Gruiten offen mit den Worten gesagt: „Der Zugang von italienischen Arbeitern habe sich wesentlich gebessert, und die Verwaltung sei deshalb auch in der Lage gewesen, die Löhne herabzutrudeln.“ Damit diese Möglichkeit einmal ausgeschöpft, müssen auch die ausländischen Arbeiter trotz aller Schwierigkeiten zur Solidarität erzogen und für unsere Gewerkschaften gewonnen werden, was leider durch einen Kompromiß im neuen Vereinsgesetz nahezu unmöglich gemacht wird.

Giff dir selbst . . . immer gewaltiger schwölilt die
Jahresumsatzaufzüger der englischen Großeinlaufgesellschaft an;
nur sind die erhofften 500 Millionen nicht ganz erreicht
worden, doch beträgt die Umsatzsteigerung 41 600 000 £.
Es stieg der Umsatz auf 495 540 000 £ im Jahre 1907.
Das Kolonialwaren- und Lebensmitteldepartement weist eine
Zunahme des Umsatzes auf insgesamt 405 540 000 £.
Auf, während der Umsatz in Textil-, Konfektions-, Schuhwaren
und Wäsche auf 90 000 000 £ gestiegen ist. Aus den
eigenen Produktionsbetrieben vermehrte sich der Bezug um
40 672 320 £ auf insgesamt 109 762 900 £.

Die befähigt Erwerbsfähigen. Zu der Arbeiterbevölkerung gibt es viele Leute, die als befähigt Erwerbsfähige gelten können. Manche sind von vornherein so wenig erwerbsfähig, daß sie ein Arbeitgeber bei den allgemein geringeren Arbeitshöhlen und besonders dort, wo bestimmte Risikofaktoren eingeführt hat, nicht beschäftigen wird, andere sind durch Krankheiten oder durch alkoholische Gewisse minder erwerbsfähig geworden und bei vielen kommt auch die ungewöhnliche Erwerbsfähigkeit aus Unfällen her, die sie so geprägt haben. Für diese Unfälle werden die Berge gern verantwortlich, aber diese sind doch noch auf irgend eine Weise schuldig, wenn auch mit einem niederen Einkommen angestossen. Zu Berlin wurde deshalb vor einigen Jahren ein Konsortium für Unfallverletzte und Sehner getragen, der sich mit dem Ziel beschäftigte, die Verantwortlichen für Unfälle im unteren Erwerbsfähigen bestimmen zu lassen. Die Ergebnisse, die bisher auf dieser Richtung hin gezeigt wurden, kann als recht zufriedenstellend angesehen werden. Der Verein vermittelte nicht nur Arbeitsstellen für die befähigt Erwerbsfähigen, er unterhält auch eigene Werkstätten, in denen die durch Unfälle verlegten Beschäftigten wiederhergestellt werden.

Der mit größter Bedeutung in sozialer Hinsicht und für die Volkswirtschaft, die über die Frage, wie der größte Teil aller der Leute in Arbeitsbedürftigem untergebracht werden kann, die nach anderen Ursachen befriedigt erwerbsfähig sind, entscheidet geworden ist. Dazu gehören die älteren und ältesten Siedlungen, die Gründungen, die entstanden aus Kolonialsetzern. Besonders wenn darüber handelt es sich um eine ausgesprochenen industriellen Menschenhaufen, die sich, wenn sie nicht wieder in georgische Verhältnisse geordnet wird, durch Zivil- und militärische Gefechtsübung durchdrängt. Das vor wenigen Jahren wurde nur wenig Aufmerksamkeit dazu gewidmet, für bewohnte Siedlungen wieder Wege zu schaffen. Bezeichnungsweise warb auch Wölfe angeblich, um diese Art der durch unregelmäßiges Leben bedrohten Entwicklung gewohnterweise Siedlung in Arbeitsbedürftigem zu erhalten. Es sind bereits auch in verschiedenen Arbeitsbedürftigen Siedlungen geöffnet worden, die es ermöglichen, daß auch für die nicht vollziehungsfähigen Menschen die Beschäftigung gesichert wird. In einer weiteren Siedlung haben die staatlichen Körperbehörden mit dem Bauarbeiter ein Wissenstragen getroffen, wonach er jeden Tag einen Bruttogehalt erhält, den er auf der Bauarbeitsleistung erhält, einem kleinen Gehalt erhält. Die Stadt muss auch nach jedem Arbeitstag, wenn sie seines für Menschenbeschaffung eingesetzt, das heißt aber natürlich, daß die Siedlung, die nach diesen Vorschriften gehandelt hat, kein Verdienst zum Ausbau des Arbeitsmarktes in Erziehung i. S. d.

Ist ein besonderer Beamter angestellt, dessen Aufgabe es ist, für die beschränkt Erwerbsfähigen Arbeitsstellen zu suchen und auch zu kontrollieren, ob diese Leute in den vermittelten Arbeitsstellen brauchbar sind und sich gut führen. Gelingt es, auch nur für einen Teil von diesen unregelmäßig Beschäftigten oder ständig erwerbslosen Beschäftigung zu finden, so würde dies wirtschaftlich und sozialpolitisch von großer Gewinn sein.

Aus Arbeitgeberfreisen.

Praktiken des Arbeitgeber-Schuhverbandes für die Holzindustrie. Die „Fachzeitung“ veröffentlicht fast regelmäßig die Zahl der Arbeitslosen in der Berliner Holzindustrie. Am 24. März betrug letztere 3280. So zu lesen in Nr. 13 der „Fachzeitung“. In Nr. 14 des genannten Blattes finden sich nun untereinander zwei Notizen, die inhaltlich folgendes besagen:

Um Mißdeutungen zu vermeiden, sei hiermit festgestellt, daß eine Notiz, welche kürzlich in Tagesblättern zu lesen war und darüber ging, daß die von uns gebrachten Veröffentlichungen über die Anzahl der Arbeitslosen in der Berliner Holzindustrie auf Ermittlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin beruhen nicht zutreffend ist. Tatsächlich beruhen unsere Mitteilungen auf den Ermittlungen des Arbeitsnachweises, der in der Berliner Holzindustrie besteht.

Die zweite Notiz schildert die Lage in „unserem Gewerbe“ über die sich der Vorsitzende des Holzindustriellen-Verbandes Obermeister Rahardt, einem Vertreter des „Deutschen Blattes“ ausgelassen hat:

daß der Eintritt in den Tischlerberuf gegenwärtig jungen Leuten nicht zu empfehlen ist, da in unserem Gewerbe ein entschiedener Mangel an Arbeitskräften besteht!

Des weiteren wird dann auf die Berliner Verhältnisse exemplifiziert, wo alljährlich durch Tod, Abreise, Berufswechsel aus dem Gewerbe 1000 Arbeitskräfte verloren gehen, aber nur 500 Lehrlinge ihre Lehre beenden. Wie sich die Mitteilungen zusammen reimen sollen, ist nicht recht verständlich. Bei 328 Arbeitslosen (unter ca. 26000 ortsanwesenden Tischlern sc.) kann doch wahrscheinlich von einem Mangel an Arbeitskräften nicht die Rede sein. Die Sache liegt dann doch so, daß die in Berlin zu wenig vorhandenen Lehrlinge auf dem Lande und in den Kleinstädten in zu großer Anzahl vorhanden sind. Die geringe Lehrlingsausbildung in Berlin ist überdem auch gar kein Verlust für das Tischlerhandwerk, da in den allermeisten Fällen durch die nun einmal betriebene Herstellung von Spezialarbeiten eine allseitige Ausbildung des Lehrlings unmöglich ist.

Aus dem gewerblichen Leben.

Bauausstellung Stuttgart 1908. Werke bürgerlichen Baukunst im weitesten Sinne, im Gegensatz zum Monumentalbau, das gewisse Baukunstwerke mit keine verwandten Gewerbe- und Industriezeuge sowie das im Zusammenhang mit dem bürgerlichen Bauwesen stehende Stahlbaudienst ist das umfassende Programm der Bauausstellung Stuttgart 1908, verbunden mit einer Ausstellung von künstlerischen Wohnräumen. Wie alles, was die Beratungsstelle für das Handgewerbe bei der R. Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart in die Hand nimmt, praktischen Zwecken dienen soll will auch diese Bauausstellung in erster Linie dem Manne der Praxis Belehrung schaffen. Hier in der Ausstellung sollen ihm die Baumaterialien, sollen ihm die Fortschritte der Konstruktionen und Techniken, sollen ihm alle Mittel, auf den Rohbau, auf die Fertigstellung von Außen- und Innenbau beziehen, an Proben und an vollständigen Bauteilen vorgeführt werden. Also die Ziegel-, Stahl- und Betonindustrie wird auf der Bauausstellung nicht minder vertreten sein, als die des Zimmermanns, des Schlossers, des Klempners, des Glaser, des Installateurs usw., soweit ihre Tätigkeit eben zum Ausbau in Verdracht kommt. Daneben soll ganz besonderes Gewicht auf eine sachgemäße, geöffneteckolle, den modernen Anforderungen entsprechende Innenausstattung gelegt werden. Diesen warmig machen, auch für das gesamte Publikum interessanten Zwecken werden außer der üblichen Ausstellungsart von Firmenständen innerhalb einer großen Halle vor allem 15 größere Sonderbauten, darunter ein Rohbau, mehrere vollständig eingerichtete bürgerliche Wohnhäuser und Arbeiterhäuser, ein Gemeindehaus, eine Handelsakademie und das Haus der Stuttgarter Möbelfabrikanten, dienen. Die Sonderbauten auf dem in nächster Nähe des Hauptbahnhofs gelegenen Ausstellungsterrain, bei dem malerischen Stadtanblick und dem Platz an der Gewerbehalle, einschließlich der leicht zu Fuß im kleinen Ganzen.

300 Melle Bielefeld.

Der Kollegen zur Rechtsch. und 1012 für
einen

Künftiges Arbeitsmaßnahmen

für Polizei- und Feuerwehr eingetragen haben. Deutliche Befürchtung für ein „christliches Gewerkschaftsland“ (Debatt) Herforderstr. 84

Det. Berlin

Detektiv- und Polizei-Verlag

Datesfield

Fischer-Jahrschule
Büro für den Film. **Dra. Riedling.**
Von Schauspielern und Künstlern.
Die Fischer-Jahrschule für Kinder 1938.
Die Schule ist eine Tages- und Abendschule.
Zur Belehrung wird
der Kino-Film benutzt.

Tischler-Fachkurse, Leipzig zu den Kosten der
Gesamtkosten, Fortbildung, Zeichner.

Auslandsvorlesungen aus der Reihe Lehrvorträge. — Programme für die
Sommersemester, Lösungsworterbuch Nr. 15.

100% Cotton
100% Cotton
100% Cotton
100% Cotton